

DEUTSCHES

MENSCHEN & MÄRKTE, MASCHINEN, METHODEN, MATERIAL
die auflagenstarke Bauunternehmer-Zeitung

BAU BLATT

Juni/Juli 2008 35. Jahrgang, Nr. 337

MIT BAUGERÄTEMARKT

Vom Lehrplan
in die Praxis

Theorie und Praxis nachhaltigen Bauens verbindet die HafenCity Universität Hamburg bei ihrem Neubau, der bis 2010 an der Elbe entstehen wird. Wollen Studenten der Fachrichtungen Architektur, Bauingenieurwesen, Geomatik und Stadtplanung energieeffizientes Bauen lernen, müssen sie sich nur ihr neues Universitätsgebäude anschauen. Denn das Bauwerk, welches das Architekturbüro Code Unique aus Dresden geplant hat, soll Maßstäbe in Sachen Nachhaltigkeit setzen. Dem Hochschulneubau liegt ein Klimakonzept zugrunde, das vorsieht, das Gebäude mit natürlichen und ökologischen Ressourcen zu betreiben und zu bewohnen, um über 740 Tonnen CO₂-Ausstoß jährlich einzusparen. Mit welchen Maßnahmen dies erreicht werden soll, ist nachzulesen auf [Seite 6](#)



Foto: HafenCity Universität Hamburg

Gradmesser für Lebensqualität und Wachstum

Difu-Studie ermittelte den Investitionsbedarf kommunaler Infrastruktur von 2006 bis 2020

BERLIN (SR). Wie hoch ist der kommunale Investitionsbedarf in den nächsten Jahren? Diese Frage stand im Zentrum der aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), das bereits in der Vergangenheit Schätzungen dazu vorlegte. Diesmal standen im Mittelpunkt die Leitungsinfrastruktur, Schulen, Straßen, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser und Verwaltungsgebäude. Ermittelt wurde deren Investitionsbedarf von 2006 bis 2020 in den alten und neuen Bundesländern. Zudem ging die Studie auf die Hintergründe des vorhandenen Investitionsrückstands bei der kommunalen Infrastruktur ein und prüfte, in welcher Form Instrumente wie Public Private Partnership (PPP) dazu beitragen, wieder größere Investitionsspielräume zu erhalten. Das Ergebnis: 704 Milliarden Euro muss Deutschland bis zum Jahr 2020 für seine kommunalen Investitionen aufbringen.

Längst ist es erwiesen: Der Zustand von Straßen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude oder Schulen bestimmt die Lebensqualität der Bürger, das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität. Eine leistungsfähige

Infrastruktur ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik und starke Städte, von denen auch die Regionen profitieren. „Es ist gut, wenn die Städte über einen modernen öffentlichen Nahverkehr, über ein ausgebautes Straßennetz,

über gute Schulen oder attraktive Theater und Museen verfügen. Die Bürger erwarten zu Recht eine hochwertige Infrastruktur. Das macht die Städte lebenswert und zukunftsfähig“, so die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth, anlässlich der Präsentation der neuen Studie des Difu.

Werden dagegen Unterhalt und Erneuerung der Infrastruktur vernachlässigt, so weist das Difu hin, führe dies langfristig nicht nur zu höheren Kosten, sondern Wachstum und Produktivität würden zurückgehen. Auch die Nutzer kommunaler Infrastruktur könnten gefährdet werden, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt - beispielsweise im Gesundheitsbereich

oder Schulen - und schließlich seien auch negative Umweltfolgen möglich.

Eigentlich müsste daher klar sein: Investitionen in die Infrastruktur zu vernachlässigen, kann sich der Staat nicht leisten. Doch die Realität sieht anders aus. Seit 1992 ging die kommunale Investitionstätigkeit der Kommunen bis 2006 fast kontinuierlich zurück. Erst seit 2007 zeigt sich, dass sie langsam wieder ansteigt. Viele Städte investieren wieder in ihre Infrastruktur und haben ihre Investitionszurückhaltung, zumindest teilweise, aufgegeben. Dennoch: Der Nachholbedarf ist groß und die Städte mit hohen Haushaltsdefiziten werden ihn in den nächsten Jahren nicht aus eigener Kraft decken können. [Fortsetzung auf Seite 2](#)

Bürokratieabbau köchelt auf Sparflamme

Ein Kommentar von Sonja Reimann

Bürokratie ist ein gigantischer Mechanismus, der von Zwergen bedient wird, schrieb bereits 1837 der Schriftsteller Honoré de Balzac, als er mit dem Verwaltungsapparat Frankreichs in einem Roman über „Die Beamten“ abrechnete. Heute, 171 Jahre später, ist die literarische Vorlage aktueller denn je. Der bürokratische Verwaltungsaufwand hat sich hierzulande inzwischen zu einem riesigen Monster aufgebläht, das viel zu aufwendig, komplex und kostspielig ist und den Unternehmen kostbare Zeit raubt, die ihnen fehlt, wenn sie sich eigentlich um ihre vordergründigste Aufgabe kümmern müssten: Aufträge an Land zu ziehen. Doch statt Vollgas zu geben, köchelt der Bürokratieabbau in Deutschland auf Sparflamme.

Laut einer Umfrage vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte spürt die Mehrheit der zum

Bürokratieabbau befragten Mittelständler keine positiven Auswirkungen auf ihr Unternehmen. „Gesetze und Verordnungen werden immer komplexer. Auch gut gemeinte Vorschriften wie das Antidiskriminierungsgesetz treffen den Mittelstand, denn der bürokratische Aufwand nimmt immer weiter zu. Hier ist ein Umdenken notwendig“, reklamierte Herbert Schulte vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft. Statt den Verwaltungsaufwand zu entschlacken, wird oft genau das Gegenteil erreicht: Unternehmen werden Bremsklötze in Form neuer Vorschriften und Gesetze in den Weg gestellt, die sie in ihrem Wachstum ausbremsen. Scheinbar banale verwaltungstechnische Formalitäten nehmen Auswüchse einer Herkulesaufgabe an und behindern sie beim Geschäftemachen.

Entsprechend skeptisch betrachten Unternehmer, was unsere Politiker alles versprechen, um sie vom überflüssigen Papierkram zu entlasten. In dem jüngst

vom Bundeskabinett verabschiedeten Zwischenbericht konzentrieren sich die Aktivitäten der Bundesregierung noch viel zu sehr auf die Messung bestehender Bürokratielasten. So geht man von 30 Milliarden Euro aus - Experten halten diese Zahl allerdings für viel zu niedrig gegriffen. Man müsse zu den 30 noch 70 Milliarden Euro jährlich draufpacken. Kosten beziffern, ist aber nur ein erster Schritt.

Nötig sind konkrete Maßnahmen, wie der Bürokratieabbau umgesetzt werden soll. Doch genau hier scheitern der Bundesregierung die Ideen auszugehen. Statt mit dem Bürokratieabbau endlich ernst zu machen und weiter auf Kurs zu bleiben, hat sie im Kampf gegen unnötige Paragraphen leichtsinnigerweise einen Gang zurück geschaltet. So lange die Konjunktur rund läuft, mag das nicht so sehr auffallen. Doch wehe, wenn sich der Wind am Konjunkturm Himmel dreht. Dann rächt sich schnell die Nach-

lässigkeit und das Versäumnis, kein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt zu haben, wie das Ziel erreicht werden soll, Bürokratiekosten in Höhe von 25 Prozent bis zum Jahr 2011 abzubauen. Vorschlüsse, wie dies zu erreichen wäre, hat die Wirtschaft bereits geliefert. Gebetsmühlenartig fordern Unternehmer, sie von den belastenden Regelwerken zu befreien. Doch noch immer stoßen sie mit ihrer Forderung auf taube Ohren. Dem Monster Bürokratismus Herr zu werden, ist zweifelsfrei eine Sisyphos-Arbeit. Denn ganz ohne Verwaltung wird auch ein moderner Rechtsstaat nicht auskommen. Doch muss die Regierung dringend einen Zahn zu legen, um Unternehmen die Arbeit zu erleichtern. „Das Tempo der Bundesregierung beim Bürokratieabbau ist so langsam, dass man ihr beim Gehen die Schuhe besohlen könnte“, meinte einmal die FDP-Politikerin und Bundestagsabgeordnete Birgit Homburger. Etwas Wahres ist wohl dran.

Themen:

Ersatz für Meisterwerk
der Ingenieurbaukunst

Seit 1934 ist es unermüdlich im Betrieb: das Schiffshebewerk Niederfinow, das bis heute als ingenieurtechnisches Meisterwerk und als ältestes arbeitendes Hebewerk in Deutschland gilt. Direkt an der Havel-Oder-Wasserstraße gelegen, hilft es, einen Höhenunterschied von 36 Meter zu überwinden. Weil 2025 seine maximale Nutzungsdauer ausgeschöpft sein wird, entsteht neben ihm bis 2013 ein größerer und modernerer Neubau. Mit dem Bau betreten allerdings die am Projekt Beteiligten Neuland. Was an dem alten und neuen Hebewerk so einzigartig ist, können Sie nachlesen auf [Seite 8](#)

Schuttdüne vor der
Sturmflut sichern

Die Nordsee kennt kein Pardon. Unaufhaltsam greift sie bei Sturmflut die Urlandsinsel Langeoog an. Noch bewahrt sie eine Schuttdüne vor Überflutungen. Damit Langeoog nicht ungeschützt den Naturgewalten des Meeres überlassen wird, wurden vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz seit 1997 umfangreiche Maßnahmen im Bereich des Küstenschutzes durchgeführt. Wie der Dünschutz mit Cat-Baumaschinen verstärkt wurde, erfahren Sie auf [Seite 16](#)

Durch den Finnetunnel
schneller in die Hauptstadt

Von Berlin nach München in knapp vier Stunden - das soll mit dem Aus- und Neubau der Bahnstrecke Nürnberg - Berlin erreicht werden. Kernstück des neuen 123 Kilometer langen Streckenabschnitts ist der neue Finnetunnel. Zwei Bohrmaschinen nahmen nun den Vortrieb auf. Erstellt werden sollen zwei eingleisige Röhren mit einer Länge von je 6 886 Metern. Beide Tunnelröhren werden mit zwei parallel laufenden Tunnelvortriebsmaschinen die ersten 1 500 Meter im Hydroschildmodus und anschließend im Hartgesteinsmodus vorgetrieben. Mehr Details über den Tunnelbau erhalten Sie auf [Seite 23](#)

Wie neue Bau-Software
entwickelt wird

Die Anforderungen der Anwender so gut wie möglich umsetzen, das ist eine Aufgabe, welche an Softwareentwickler gestellt werden, wenn eine neue Version eines Computerprogramms auf den Markt kommt. Am Beispiel von Allplan IBD 2008 Ingenieurbau erklärt Reinhold Schlögl-Braun, General Manager von Allplan-Produkte bei Nemetschek, welche Schritte nötig sind, bis eine fertige Software entsteht. Wie die Anwender dabei integriert werden, erklärt er in einem Interview auf [Seite 29](#)

LOGISTIK	17
STRASSEN- UND WEGBAU	18-19
KANAL- UND ROHRLEITUNGSBAU	20-21
TUNNELBAU	22-23
BAUSCHÄDEN	24
IMPRESSUM	28